

Wien, am Freitag, den 25. Oktober 1929

Zweite Ausgabe

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 25. Oktober 1929

Bürgermeister Seitz eröffnet nach 17 Uhr die Sitzung.

Dem Gemeinderat liegen zwei Dringlichkeitsanträge vor. Ein Dringlichkeitsantrag der Gemeinderäte Angermayer und Kollegen lautet: Bei einer Sitzung des Ausschusses für Finanzangelegenheiten habe ich den Direktor der Friedhofsverwaltung Ingenieur Lasch auf die Verwahrlosung der Kriegergräber auf dem Zentralfriedhof aufmerksam gemacht und ihn um eheste Beseitigung dieses unwürdigen und beschämenden Zustandes ersucht. Herr Direktor Lasch bezeichnete die mir gewordenen Informationen als einfach unwahr und lud mich ein, sich mit ihm von der Unrichtigkeit dieser Behauptung durch persönlichen Augenschein zu überzeugen. Ich kam dieser Einladung Donnerstag, den 24. dieses Monats nach. Hierbei überzeugte ich mich, dass nicht Herr Direktor Lasch mit seiner Wegleugung im Rechte war, sondern, dass die mir von verschiedenen Seiten zu Ohren gekommenen Klagen vollauf berechtigt sind. Der Zustand, insbesondere der Mannschaftsgräber, die sich nicht an den Hauptwegen befinden, ist tatsächlich ein für die Gemeinde Wien beschämender und für die Hinterbliebenen der Gefallenen ein tief kränkender und zwar umsomehr, als eine andere Gruppe von Gräbern und zwar die der Julioffer in einem wohl gepflegten Zustand sich befindet. Es muss daher gefordert werden, dass auch jenen Opfern, die für die Freiheit des Vaterlandes jahrelang gekämpft haben und gefallen sind, der Ausdruck der Achtung und Pietät nicht versagt werde.

Das Fest der Toten steht vor der Tür und Tausende und Abertausende werden wieder hinaus wandern, um ihren Teuren eine Stunde inneren Angedenkens zu weihen. Schaffen Sie daher bis zu diesem grossen Tag eine Grabstätte, die der im Kriege gefallenen Helden würdig ist und versöhnen Sie damit die Hinterbliebenen, bei denen der Anblick dieser Gräber im gegenwärtigen verwahrlosten Zustand nur Schmerz und Verbitterung auslösen muss. Der amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe III wird beauftragt, sofort zu veranlassen, dass die Kriegergräber am Wiener Zentralfriedhof so instand gesetzt werden, wie es einer Kulturstadt vom Range Wiens würdig ist. In formeller Beziehung wolle dem Antrage die Dringlichkeit zuerkannt werden.

Der zweite Dringlichkeitsantrag wurde von den Gemeinderäten Untermüller-Holubek und Kollegen eingebracht. Er lautet: Mit Verordnung des Landeshauptmannes vom 30. Juli 1929 wurden die Ansätze für das Reinigungsgeld neu geregelt. Diese Regelung ist eine Folge des Einschreitens der Hausbesorgerorganisationen, die eine Erhöhung der bisherigen Sätze angestrebt haben. Bei den diesbezüglich geführten Verhandlungen wurde auch zugesagt, dass die neue Festsetzung den Hausbesorgern erhöhte Einnahmen bringen soll. In der Praxis ergibt sich jedoch, dass in einer Reihe von Fällen durch die neue Verordnung den Hausbesorgern geringere Vergütungen zukommen, als sie früher bestanden hatten. Die Gewerkschaft christlicher Hausbesorger und Portiere hat mit Schreiben vom 16. September dieses Jahres die Magistratsdirektion auf diese Tatsache aufmerksam gemacht. Daraufhin erhielt die genannte Gewerkschaft am 30. September von der Magistratsdirektion die Aufforderung, die behaupteten ungünstigen Auswirkungen durch Beispiele zu belegen. Dieser Aufforderung hat die Gewerkschaft christlicher Hausbesorger und Portiere auch entsprochen. Nachdem die zitierte Verordnung mit 1. November in Kraft treten soll, eine Änderung aber bisher nicht erfolgt ist, stellen die Gefertigten den Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschliessen, dem Bürgermeister als Landeshauptmann zu ersuchen, die von ihm am 30. Juli erlassene Verordnung zurückzunehmen, mit den Organisationen der Hausbesorger sofort in Verhandlungen zu treten, so dass noch rechtzeitig eine neuerliche Verordnung erscheinen kann, die den berechtigten Wünschen der Hausbesorger Rechnung trägt. In formaler Beziehung wird die dringliche Behandlung beantragt.

Sodann wird ohne Debatte eine Reihe von Anträgen genehmigt. Die politische Gruppe der internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit wird mit tausend Schilling subventioniert, die Jugendschriftenstelle für blinde Kinder mit ebenfalls tausend Schilling, der freiwillige Feuerwehr Schwarzau wird eine Subvention von 50 Schilling bewilligt, der freiwilligen Feuerwehr Wechselboden eine Subvention von zweihundert Schilling. Für die Vereinigung bildender Künstlerinnen Oesterreichs wird anlässlich ihrer 15. Ausstellung im Glaspalast ein Ehrenpreis von fünfhundert Schilling bewilligt. Der Gemeinderat genehmigt auch einen Sachkredit von 350.000 Schilling für die Erweiterung des Kühlmaschinenhauses im Brauhaus der Stadt Wien und die Anschaffung einer Kühlmaschine. Schliesslich werden noch einige Grundkäufe sowie Abänderungen von Baulinienbestimmungen genehmigt.

GR. Hiess beantragt, für die wirtschaftliche Organisation der Aerzte Wiens eine Subvention von 20.000 Schilling zur Unterstützung alter, erwerbsunfähiger Aerzte zu bewilligen.

GR. Stöger (E.L.) verlangt, dass auch die befugten Zahntechniker subventioniert werden sollen. Die Zahntechniker haben im März dieses Jahres ein Ansuchen um Gewährung einer Subvention von 5000 Schilling eingebracht. Dieses Ansuchen wurde bis heute nicht erledigt. Es gibt in Wien 2080 Zahntechniker, die durchwegs wirtschaftlich schwer zu kämpfen haben. (Beifall bei der E.L.)

GR. Hiess erwidert, dass der Magistrat untersuchen werde, ob eine Möglichkeit für die Subventionierung der Zahntechniker gegeben sei.

Der Antrag wird angenommen.

BR. Hiess beantragt, für die Arbeitsgemeinschaft Oesterreichischer Friedensvereine, Aktion "Innere Abrüstung", eine Subvention von tausend Schilling zu bewilligen.

GR. Holaubek (E.L.) bemerkt, mit diesen Subvention von tausend Schilling wird die Bevölkerung nicht getäuscht werden können. Viel nützlicher wäre es gewesen, wenn die sozialdemokratische Partei alles unterlassen hätte, um jene Zustände zu schaffen, die nach einer inneren Abrüstung rufen. Was jetzt geschieht, ist die Reaktion gegen das Machtstreben der sozialdemokratischen Partei. Sie geben sich einer großen Täuschung hin, wenn Sie glauben, dass Sie mit den tausend Schilling eine Wandlung der Verhältnisse herbeiführen werden. Mit solchen Verträgen wird man die vergiftete Atmosphäre, die sich über Wien ausbreitet, nicht aus der Welt schaffen können. Wenn man will, dass die Bewegung, die entstanden ist, zum Stillstand kommt, wird man darangehen müssen, der Demokratie Rechnung zu tragen und alles abzustreifen, was durch Jahre die Methode der sozialdemokratischen Partei war. (Lebhafter Beifall bei der E.L.) Sie haben die Methode der Gewalt zum Grundprinzip ihrer politischen Macht erhoben und sind heute furchtbar entrüstet, dass man Ihnen diese Methode der Gewalt abgeguckt hat und dass Sie das heute am eigenen Leib verspüren, was Sie durch dreissig Jahre an Gewalttaten und Schandtaten begangen haben. (Lebhafter Beifall bei der E.L.) Sie haben die politische Macht auf unblutige Weise auf sich gerissen haben aber nicht die Sympathien der breiten Massen erlangen können. Sie haben es dazu gebracht, dass die Rechtsgleichheit unter den Bürgern in Misskredit gekommen ist und Sie sind die wahren Schuldigen, dass das wirtschaftliche Leben in dieser Stadt einen solchen Grad angenommen hat, dass die Bevölkerung endlich von dieser Herrschaft loskommen will. (Lebhafter Beifall bei der E.L.) Sie wollen ^{jetzt} die innere Abrüstung. Solange Sie aber aufgerüstet, solange Sie das Bürgertum unter Schrecken gesetzt haben, haben Sie nichts getan, um zur Abrüstung beizutragen. Da war Ihre Parole: Willst Du nicht mein Bruder sein, so hau ich Dir den Schädel ein!

GR. Thaller Herr Holaubek gibt die Visitenkarte ab! (Lebhafte Zwischen-

rufe bei der E.L.)

GR. Dr. Kolassa (E.L.): Die brauchen wir nicht abzugeben!

GR. Preyer (E.L.): Tatsachen sind es! Ihr habt ^{gedroht:} mit dem Schutzbund auf die Strasse!

GR. Kollassa: Jetzt wäre Euch die Abrüstung recht!

GR. Gschladt (E.L.): Mit dummen Witzen kommt Ihr über die Sache nicht hinweg!

GR. Holaubek: Die sozialdemokratische Politik der Gewalt hat ihren Ausdruck gefunden, in den Dingen, die sich am 15. Juli ereignet haben (Lebhafte Beifall bei der E.L.) Jetzt endlich geht den Führern der Knopf auf und Sie besinnen sich Ihrer Handlungsweise. Sie haben, damals um den Unmut in den Massen noch zu vergrößern eine gemeine Hetze gegen die Polizei getrieben und das überflüssigste Instrument die Schuwa geschaffen. Man mag zur Heimwehrbewegung, zu ihren Gruppen und Führern stehen wie man will: Was an Unmut vorhanden ist, ist ausnahmslos auf das Schuldkonto der sozialdemokratischen Partei zu setzen (Lebhafte Beifall und Händeklatschen bei der E.L.)

GR. Fischer: Fünf Schilling! (Lebhafte andauernde Zwischenrufe bei der E.L.) GR. Dr. Kolassa (E.L.): Bei Ihnen machen es die Leute freiwillig!

GR. Stöger (E.L.): Die Verbrechergadre, die am 15. Juli aufgestellt worden ist! (Zwischenrufe) GR. Holaubek: Wenn Sie den ernstesten Willen haben, die innere Abrüstung durchzuführen, müssen Sie die Wege der Demokratie gehen, müssen Sie der Koalitionsfreiheit das Wort reden und den christlichen Arbeitern gleiches Recht geben. Solange es in einer Gemeinde möglich ist, dass christlichsoziale Gemeinderäte umsonst intervinieren, wenn sie einen armen Teufel helfen wollen, solange Sie glauben ein Gewaltsystem nach bolschewistischem Muster aufrecht zu erhalten, gebührt Ihnen nichts anderes, als eine starke Bewegung, die den Mut hat, Gleiches mit Gleichem zu vergelten (Lebhafte Beifall bei der E.L.) Niemand wünscht, dass die Methoden, die heut Gang und Gebe sind, deren Vorläufer aber die Sozialdemokraten waren, dauernd die Öffentlichkeit beherrschen. Wir sind von Friedensliebe erfüllt, wir wollen dass sich alles auf legalem Weg vollzieht. Kehren Sie zur wirklichen Demokratie zurück! Dann werden Sie sich einen so lächerlichen Schwindel, wie diesen Antrag ersparen können (Lebhafte Beifall bei der E.L.)

GR. Hiess: So verlockend es wäre, dem Gemeinderat Holaubek auf das politische Gebiet zu folgen, will ich es nicht tun, weil sonst die tausend Schilling vielleicht wirklich honausgeworfenes Geld wären (Zwischenrufe bei der E.L.) Wir glauben, wenn auch die "Innere Abrüstung" nicht allein die Abrüstung wird durchführen können, sondern dazu alle

die hiezu berufen sind, ehrlich werden das Ihrige beitragen müssen, so ist doch auch die Mithilfe dieser Aktion sehr wertvoll (Zwischenrufe bei der E.E.) Reden wie sie GR. HOLAUBEK gehalten hat, nützen der inneren Abrüstung nichts, im Gegenteil sie gefährden das Werk der inneren Abrüstung (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Der Referentenantrag wird angenommen.

ST. R. Tandler referiert über die Errichtung einer Wiener Taubstummensfürsorgestelle die nach demselben Statut und unter denselben Bedingungen wie die Blindenfürsorgestelle errichtet werden soll.

GR. bin. Mötzko (E.L.): Wir haben gegen die Errichtung der Taubstummensfürsorgestelle nichts einzuwenden. Es dürfte aber hier nicht so vorgegangen werden, wie bei der Blindenfürsorgestelle, wo man die Blindenvertreter nur aus dem Verband der Blindenfürsorge, also einem Verband Ihrer Richtung genommen hat, während man die beiden grossen Blindenfürsorgestätten, die Josefstädter und Purkersdorfer übergegangen hat. Der Verband der Blindenvereine mass sich auch eine ihm nicht gebührende Stellung bei der Blindensammlung an. Wir bitten, dass diese Einseitigkeit nicht auch bei der Taubstummensfürsorgestelle platzgreife. Es besteht ein katholischer Taubstummensfürsorgeverein, der sich an den Stadtrat Tandler um eine Vertretung in der zu schaffenden Stelle gewendet hat. Auch hier haben Sie wieder Gelegenheit zu zeigen, ob Sie umlernen wollen. (Beifall bei der E.L.)

St. R. Tandler bemerkt hiezu, dass die Josefstädter und die Purkersdorfer vor allem Anstalten repräsentieren und nicht in der freien Blindenpflege sind. Mit dem katholischen Taubstummensfürsorgeverein wird selbstverständlich verhandelt werden.

Der Referentenantrag wird angenommen.

GR. Schneider referiert über den Neubau eines Hauptunratskanals in der Schlachthausbrückenallee, Meiereistrasse und in der Kampfbahn des Stadions. Kostenerfordernis 280.000 Schilling.

GR. Pfeiffer (E.L.) bemerkt, dass, obwohl sich der Gemeinderat mit dem Stadion bereits fünfmal beschäftigt hat, das Bauprojekt neuerlich geändert werden soll. Die Kampfbahn soll keinen gedeckten Zuschauerraum haben und das Stadion wird daher nicht die Rentabilität haben wie dies auf Grund des alten Projektes angenommen wurde. Ausserdem sind die Arbeiten für das Stadion noch sehr wenig rasch vorgeschritten. Auch die Schwimmbahn soll entgegen dem Gemeinderatsbeschluss verlegt werden. Heute müssen wir uns mit der

für das Stadion beschäftigen, dann werden wir uns noch mit einer Aenderung des Bauprojektes und mit einer Erhöhung des Baukredites beschäftigen müssen. Die Art wie der Stadionbau vorbereitet wurde, ist für die Gemeindeverwaltung charakteristisch. Man hat das Stadion Baukomitee ein einzigesmal zusammenberufen, bevor das Projekt dem Gemeinderat vorgelegt wurde, von einer Aenderung des Projektes weiss das Komitee gar nichts. Das Komitee ist einfach zum Narren gehalten worden.

Der Referentenantrag wird angenommen.

GR. Beisser referiert über einen Antrag, die Bestimmungen über das Parkschutzgebiet für die Errichtung eines Margarete Manhardt-Denkmales II., Sterneckplatz aufzuheben. Er bemerkt hiezu, es handelt sich hier um eine nachträgliche Genehmigung, weil es der Bauherr unterlassen hat, rechtzeitig um die Aufhebung der Bestimmungen für das Parkschutzgebiet anzusuchen.

GR. Hörmayer (E.L.) bemerkt, gegen den Antrag habe seine Partei nichts einzuwenden, da es sich hier um ein Denkmal handelt für eine brave Hausgehilfin die durch ihre Pflichttreue zwei Kindern das Leben gerettet hat. Wir müssen uns aber dagegen wenden, dass erst heute, wo das Denkmal bereits seit vier Wochen enthüllt ist, der Antrag auf Aufhebung des Gesetzes über das Parkschutzgebiet vorgelegt wird. Das ist eine bodenlose Bagatellisierung des Gemeinderats. Es ist das aber System. unlängst ist auch bei einer Benzinzapfstelle in Ottakring die Baubewilligung erst vorgelegt worden, als die Zapfstelle schon fast fertig war. GR. Hörmayer richtet an den Referenten die Frage, warum der Antrag so spät eingebracht wurde.

GR. Beisser bemerkt, dass es sich hier um ein Versäumnis des Bauherrn handelt, der die Pflicht gehabt hätte das Ansuchen auf Aufhebung der Bestimmungen des Parkschutzgesetzes zu stellen. Das kann durch Akteneinsicht festgestellt werden. Infolge dieses Versäumnis musste die Gemeinde Wien, um die Enthüllung des Denkmals nicht hinauszuschieben, selbst den Antrag auf Aufhebung des Parkschutzgesetzes stellen, sodass also die Behörden der Stadt Wien kein Vorwurf trifft.

Der Referentenantrag wird angenommen.

Es wird sodann der Dringlichkeitsantrag Untermüller, Holauhek und Genossen betreffend Aenderung der Verordnung des Landeshauptmannes vom 30. Juli ds. J. über die Festsetzung des Reinigungs- und Sperrgeldes der Hausbesorger sowie die Vorschriften über den Haustorschlüssel in Verhandlung gezogen.

In Begründung der Dringlichkeit des Antrages verweist GR. Untermüller darauf, dass diese Verordnung die auf Grund von Verhandlungen mit den Hausbesorgervereinen erlassen wurde, und zwar eine 20prozentige Erhöhung der Hausbesorgergebühren bringen sollte, dass sich aber in einer Reihe von Fällen ganz beträchtliche Mindereinnahmen für die Hausbesorger ergeben. So in einem Falle der ihm vorliege, pro Monat um 14 Schilling für eine Wohnung in einem anderen Falle um 8 Schilling. Es wäre eine Revision in dieser Verordnung derart durchzuführen, dass die Verordnung zurückgezogen, mit den Hausbesorgerorganisationen in Verhandlungen eingegangen und eine Verordnung erlassen wird, die den Wünschen der Hausbesorger Rechnung trägt.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit zuerkannt.

GR. Untermüller gibt seiner Freude darüber Ausdruck, dass dem Antrag die Dringlichkeit zuerkannt wurde, und spricht die Hoffnung aus, dass auch das Meritum des Antrages angenommen werden wird. Er weist darauf hin, dass die Verordnung in einem für die Parteien und Hausbesorger verständlichen Deutsch abgefasst werden soll.

Unrichtige Meldungen über das Rathaus. In einigen Blättern wurde heute gemeldet, dass die Sozialdemokraten im Wiener Rathaus auf die Führung einiger Verwaltungsgruppen verzichten werden, damit auch Christlichsoziale zu amtsführenden Stadträten gewählt werden können. Es wurde insbesondere mitgeteilt, dass die Führung der Verwaltungsgruppe für Ernährung und Wirtschaft den Christlichsozialen angeboten werden soll. Hiezu wird festgestellt, dass diese Nachrichten jeder Grundlage entbehren.

Enthüllung des Grabdenkmales für Bürgermeister Reumann. Die Gemeindeverwaltung hat dem ersten sozialdemokratischen Bürgermeister Jakob Reumann ein Grabdenkmal gewidmet, das auf den weiten Platz gegenüber der Zeremonienhalle des Krematoriums aufgestellt worden ist. Ein Werk des akademischen Bildhauers Professor Anton Hanak ist es in einfachen Formen aus Mauthausener Granit hergestellt. Die feierliche Enthüllung wird morgen Samstag um 4 Uhr nachmittag erfolgen. An der Feier werden die gewählten Gemeindefunktionäre und grössere Abordnungen der sozialdemokratischen Partei aus den einzelnen Bezirken teilnehmen.

Die weiteren Ausführungen des Antragstellers beschäftigen sich mit der Verkürzung, die die Hausbesorger durch die neue Verordnung erfahren haben. Für eine grössere Wohnung in der Langegasse mit einem Friedenszins von 7800 Kronen war bis jetzt das Reinigungsgeld 28 Schilling 30 Groschen. Nach der neuen Ver-

ordnung beträgt es nur mehr 20 Schilling 30 Groschen. Bei einem Lokal in Währing mit einem Friedenszins von 3232 Kronen beträgt bis jetzt das Reinigungsgeld 9 Schilling 21 Groschen. Nach der neuen Verordnung wird es auf 8 Schilling 23 Groschen herabgesetzt. GR. Untermüller bespricht sodann die Gehsteigreinigung, wobei er erklärt, dass diese Frage für die Hausbesorger noch nicht abgeschlossen ist. Die Gehsteigreinigung ist eine Sache der öffentlichen Verwaltung und nicht der Hausbesorger. (Beifall bei der Minderheit).

St. R. Weber gibt nunmehr eine ausführliche Darstellung über die Festsetzung des Reinigungsgeldes. Seitdem das Hausbesorgergesetz besteht, werden zweimal im Jahr Interessentenbesprechungen abgehalten. Da das Hausbesorgergesetz vorschreibt, nach welchen Gesichtspunkten das Reinigungsgeld festzusetzen ist, ist es sehr schwer das richtige zu treffen, da die einen Interessenten ein möglichst hohes Reinigungsgeld, die anderen ein möglichst niederes verlangen. Zunächst wurde das Reinigungsgeld nach der Grösse der Wohnungen festgesetzt. In dem Bestreben, das Verhältnis, wie es vor dem Kriege war, herzustellen, wurde das Reinigungsgeld nunmehr nach dem Friedenszins festgesetzt. Die juristische Formulierung des ganzen Komplexes ist sehr schwer. Es kann der Gemeinde kein Vorwurf gemacht werden, dass sie auf alle Interessen bedacht ist. Es ist unmöglich, mittels des bestehenden Hausbesorgergesetzes einen Lohn einzuführen, und es wäre überaus wünschenswert, das Gesetz zeitgemäss zu ändern. Die neue Reinigungsgeldverordnung wird ergänzt werden. Diese Ergänzung wird dahin gehen, dass dort, wo bisher eine höhere Quote festgesetzt war, dieser höhere Satz bleibt. Die Gehsteigreinigung in die Verwaltung der Gemeinde zu übernehmen ist technisch undurchführbar und würde unerhörte Kosten verursachen. (Beifall bei der Mehrheit).

GR. Dirisamer (E. L.) erklärt, dass in der Vorkriegszeit die Hausbesorger ausserdem dem Reinigungsgeld noch andere Einnahmequellen hatten. So zum Beispiel das Sperrgeld. Es wäre sehr wünschenswert, wenn die Hausbesorger für den Entgang des Sperrgeldes entschädigt werden würden.

Dem Redner erwidert St. R. Weber, dass eine Entschädigung für das Sperrgeld nicht gegeben werden kann, da das Sperrgeld eine Entschädigung für eine geleistete Arbeit war, die nunmehr weggefallen ist. Er verlangt nochmals, das Hausbesorgergesetz zeitgemäss zu ändern.

Der Antrag wird sodann abgelehnt.

Nun wird der Dringlichkeitsantrag des GR. Angermayer in Verhandlung gezogen. Der Antragsteller begründet die Dringlichkeit damit, dass wir knapp vor Allerheiligen stehen. Der Zustand der Kriegsgräber ist der gefallenen Helden unwürdig, für die Hinterbliebenen tief kränkend und für die Gemeinde

tief beschämend. Dieser Schandfleck muss so rasch wie möglich verschwinden.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit zuerkannt.

In der Begründung seines Antrages führt GR. Angermayer aus, dass er in der letzten Finanzausschusssitzung den Direktor Lasch darauf aufmerksam gemacht habe, dass ihm sehr viele Klagen über den desolaten Zustand der Kriegergräber zukommen. Auf Einladung des Direktor Lasch besichtigte ich am Donnerstag die Kriegergräber. Der Anblick insbesondere der Mannschaftsgräber hat mich erschüttert. Diese sind eine total vernachlässigte Wiese und auf den einzelnen Grabhügeln stehen verwitterte Holztafeln in der ordinärsten Ausführung. Im Sommer lässt man dort das Gras meterhoch wachsen, dann wird es gemäht und ge-
heut. (Zwischenrufe bei der Minderheit: Unerhört) Die anderen Länder sind in der Behandlung der Kriegergräber dem Lande Wien sehr weit voraus. Die Gräber müssen noch vor Allerheiligen in einen würdigen Zustand versetzt werden. Die Hinterbliebenen werden Ihnen dafür nur dankbar sein. Die Grabstätte der Juliof befindet sich in einem sehr gepflegten Zustand. Man sieht, dass sich die Gemeinde sorgfältig bemüht, jenen den Dank abzustatten, die im Juli in den Tod gegangen sind. Das sei kein Vorwurf, aber auch die Kriegergräber müssen so gepflegt werden, wie diese Gräber. Es ist Ehrenpflicht der Gemeinde, die Kriegergräber in einen würdigen Zustand zu versetzen. (Beifall bei der Minderheit).

ST. R. Tandler bemerkt, er müsse der gefühlbetonten Rede des GR. Angermayer leider die nüchternen Tatsachen entgegenhalten. Bei den Juliopfen handelt es sich um 90, bei den Kriegsopfen um 16.000 Gräber und die Pflege von 16.000 Gräbern ist natürlich ungeheuer schwer. Die Einzelgräber können mit Rasenziegeln belegt werden, die grossen Flächen nicht. Daher leiden die grossen Flächen vielmehr unter der Hitze. Und infolge der übergrossen Kälte des vergangenen Winters und der übergrossen Hitze des vergangenen Sommers könnten diese Gräber der Kriegsof den Eindruck einer gewissen Vernachlässigung hervorrufen, daraus folgt aber nicht, dass sie wirklich vernachlässigt worden sind, im Gegenteil es ist alles zur Pflege dieser Gräber geschehen. Auf die einzelnen Gräber können wir nicht eigenen Rasenhügel geben, da wir nicht soviel Geld haben um 16.000 Gräber zu pflegen zu können (Zwischenrufe bei der E. L.) GR. Preyer: Für die Schuwa habt Ihr Geld und für Euren Schmutzbund auch!) Wir haben soviel an den Lebenden zu reparieren, dass wir es auf unser Gewissen nehmen, für die Toten soviel Geld auszugeben wie nur möglich, aber nicht auf Kosten der Lebenden (Zwischenrufe bei der E. L.) GR. Preyer: Schaffen Sie die Schuwa ab! Wahrscheinlich gebt Ihr für den Schmutzbund auch Geld her!

GR. Thaller: Sie sind ein Terrorist (Lebhafte Zwischenrufe bei der E. L.)

GR. Untermüller : Sie schimpfen noch jemanden Terroristen? GR. Preyer Sie Schützer des Schmutzbundes! GR. Hiess: Sie sind der Schützer der Heimweh- bülcher! (Lebhafte Entrüstungsrufe bei der E.L. - Andauernde Zwischenrufe und Gegenrufe, Lärm) GR. Preyer: Sie haben kein Recht diese Leute zu beleidigen, Das ist niederträchtig. GR. Dr. Kolassa : Das sind parlamentarische Ausdrücke! GR. Hiess : Warum sagen Sie Schmutzbund? GR. Rummelhardt: Herr Vorsitzender geben Sie dem Herrn Hiess den Ordnungsruf! ST. R. Breitner: Herr Preyer soll dem Schutz- bund "Schmutzbund" zurufen dürfen? GR. Preyer: Das sind anständige Leute wie Sie! GR. Merbaul: Lauter Mordbrenner seid Ihr! GR. Jenschick: Wie der Kunschak fehlt, gehr es bei Euch drunter und drüber! GR. Stöger: Geht zuerst den Soldatenschin- der Lasch weg! Andauernde Zwischenrufe. Vorsitzender Hofbauer gibt wiederholt das Glockenzeichen und ersucht um Ruhe. Andauernder Lärm. Als Vorsitzender Hof- bauer den St. R. Tandler ersucht seine Rede fortzusetzen wird bei der E.L. leb- haft gerufen: Ordnungsruf! zurücknehmen. Vorsitzender Hofbauer weist den Zwi- schenruf des GR. Preyer und des GR. Hiess aufs schärfste als unparlamentarisch zurück und rügt den GR. Stöger, der ununterbrochen den Direktor Lasch beleidigt habe. ST. R. Tandler bemerkt, dass System, wie es die Gemeinde bei den Gräbern der Kriessopfer befolgt werde, habe er auch anderwärts vorgefunden. Wir haben uns damals auch mit dem schwarzen Kreuz ins Einvernehmen gesetzt, einer Ge- sellschaft, die sich die Pflege der Gräber zur Aufgabe gestellt hat. Zuzuge- ben ist, dass es ein Fehler war auf diesen Gräbern Rosenstücke zu setzen, da diese im letzten Winter erfroren sind. ST. R. Tandler gibt auch zu beden- ken wie ausserordentlich schwer es ist, die tausenden Gräber gerade für die zwei Tage Allerheiligen und Allerseelen instand zu setzen, da kann die Arbeit erst in den allerletzten Tagen gemacht werden. Die Minderheit möge sich vor Aug halten, in welchem Zustand sich die Gräber der Kriessopfer unmittelbar nach dem Umsturz befunden haben, mit welcher Mühe dort ein ordentlicher Zustand herbeigeführt wurde und dass die Gemeinde an Stelle des alten Denkmals, das zusammengestürzt ist, ein wunderbares neues Denkmal mit grossen Kosten auf- gerichtet habe. Entschieden müsse er dagegen Stellung nehmen, als ob irgend- jemand bei der Gemeinde eine Tendenz hätte die Gräber der im Weltkrieg Gefallenen nicht zu ehren. Wir haben im Gegenteil die Tendenz sogut es eben geht die Pflege zu besorgen und wir müssen daher um Ablehnung des Antrages bitten (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit)

GR. Angermayer (E.L.) bemerkt hiezu, er habe nie verlangt, dass für jeden der 16.000 Kriessopfer ein eigener Grabhügel gemacht werde, er habe sic nur darüber beklagt, dass die langen Grabhügel, die gemacht worden sind, vollständig verwahrlost sind. Es müssten nicht gerade Marmortafeln bei jedem Grab angebracht werden, wie dies bei den Gräbern der Julioffer geschehen ist, statt der elenden Holztaferln, die man kaum lesen kann, müssten wenig- sten gusseiserne Tafeln aufgestellt werden. Ferner dürfte man das Gras nicht einen Meter hoch wachsen lassen. Die Kosten können für die reiche Gemeinde keine Rolle spielen. Nach Angaben des Direktors Lasch wer- den im Ganzen nur 14 Mann bei Instandhaltung dieser 16.000 Gräber verwendet. Wir wollen, dass die Gräber nicht nur zu Allerheiligen sondern das ganze Jahr instandgesetzt werden (Lebhafte Beifall bei der EL.)

Der Dringlichkeitsantrag wird abgelehnt (Lebhafte Zwischenrufe bei der E.L.) - GR. Merbaul: Eine Schande! GR. Angermayer: Es wird der Zahltag kommen! GR. Stöger : Wie kann ein Soldatenschinder Pietät für die Toten haben!

Vorsitzender Hofbauer schliesst die Sitzung um 20 Uhr abends.